

Deutschland in der Besatzungszeit (1945 – 1949)

Alliierte Entscheidungen über die Gestaltung Deutschlands

■ Einteilung in Besatzungszonen

• Entwicklung

- zunächst drei Besatzungszonen vorgesehen (1944)
- ohne die Gebiete östlich von Oder und Neiße
- dann Bildung einer zusätzlichen Zone für Frankreich (1945)
- Sonderstatus für Berlin: Einteilung in vier Sektoren

• Einteilung

- Britische Zone: Nordwesten
- US-amerikanische Zone: Südosten
- Französische Zone: Südwesten
- Sowjetische Zone: Osten

[genauere Angaben siehe unten: „Neugründung von Ländern in West-Deutschland“]

■ Morgenthau-Plan und Potsdamer Abkommen im Vergleich

Morgenthau-Plan (Sept. 1944)

Vorschlag des US-amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau über Deutschland:

- Entmilitarisierung
- Abtretungen an Polen und Frankreich
- Aufteilung Deutschlands, Bildung eines lockeren Staatenbundes
- Internationalisierung des Ruhrgebiets
- Demontage und Zerstörung der Industrie
- Umerziehung, Schließung von Schulen
- Vorläufige Beseitigung der Medien
- Politische Dezentralisierung
- Auflösung Preußens
- Wirtschaftskontrolle

Ergebnisse:

Vernichtungswille
Deutschland als Agrarland



nicht realisiert

Potsdamer Abkommen (2. August 1945)

- Vertragspartner
 - USA: Truman
 - Großbritannien: Attlee
 - Sowjetunion: Stalin
 - Grundsätze
 - Regierungsgewalt: Besatzungsmächte (getrennt) + Allierter Kontrollrat (gemeinsam)
 - Demilitarisierung
 - Denazifizierung
 - Demokratisierung
 - Dezentralisierung

} „vier D“

 - Deutschland als wirtschaftliche Einheit
- Reparationen durch Demontagen: jede Besatzungsmacht aus ihrer Besatzungszone, zusätzliche Leistungen für die Sowjetunion aus den Westzonen
- Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße
- „Ordnungsgemäße Überführung“ (= Vertreibung) der deutschen Bevölkerung aus Polen, Tschechoslowakei, Ungarn nach Deutschland

Ergebnis:

Keine Teilung Deutschlands beabsichtigt



nur teilweise realisiert

Der Nachkriegsalltag

■ Einschränkungen

- **Städte**
 - oft starke Zerstörung durch alliierte Bomben und Kampfhandlungen
 - starke Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten
 - Folgen: beschränkter Wohnraum, Einquartierungen
- **Transport und Verkehr**
 - kriegsbedingte Zerstörung oder Beschädigung: Schienenwege, Tunnels, Bahnhöfe, Brücken, Lokomotiven – bei den Schienen alsbaldige Instandsetzung
 - kaum Straßenverkehr (Vorrang für den Militärverkehr)
 - Post und Fernschreiber funktionieren nicht
- **Ernährung:** quantitativ und qualitativ zu geringe Ernährung (u. a. gravierender Mangel an tierischem Eiweiß und Fett)
- **Energie**
 - Kohlenkrise: strenge Bewirtschaftung der Kohle durch die Alliierten
 - Kohle als wichtiger Rohstoff für Industrie, Transport, Hausbrand

extrem schlechte
Situation für die
Menschen

Höhepunkt:
Winterkrise
1946/1947

■ Währung und Handel

- Verfall der Währung durch die hohen Kriegsausgaben: Inflation
 - geringes Warenangebot
 - offiziell: Rationierungssystem
- Schwarzer Markt:**
- Mangelwaren zu hohen Preisen
 - Tauschhandel → Naturalwirtschaft
 - Zigaretten als Zahlungsmittel
 - oft (halblegale) Kompensationsgeschäfte neben dem offiziellen Bewirtschaftungssystem („grauer Markt“)

Der Nürnberger Prozess und seine Nachfolgeprozesse

■ Rechtsgrundlagen

- Einsetzung eines **Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg** (Symbolkraft des Ortes), bestehend aus Vertretern der vier **Siegermächte** USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR, **gegen die NS-Führungselite**, dabei keine Ablehnung möglich
- **Definition der Verbrechen:**
 - Verbrechen gegen den Frieden: Planung und Vorbereitung eines Angriffskrieges
 - Kriegsverbrechen
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit

■ Kritik

- Missachtung des Rechtsgrundsatzes „nulla poena sine lege“: **für Angriffskrieg existierte keine Rechtsnorm**
- **Siegermächte als Ankläger, Richter und Schöpfer von Rechtsnormen in einem**, keine Hinzuziehung von Anklägern und Richtern aus neutralen Ländern
- keine Aburteilung **allierter Kriegsverbrechen**
- keine Würdigung des **Hitler-Stalin-Paktes** für die Planung des deutschen Angriffskrieges

■ Urteil

- 12 Todesurteile (durch den Strang), z. B. Göring, Ribbentrop, Keitel, Streicher
- Gefängnisstrafen von lebenslänglich (z. B. Heß) bis 10 Jahre (z. B. Dönitz)
- Freisprüche, z. B. von Papen

■ Nachfolgeprozesse in Nürnberg

- Ärztesprozess: Euthanasie und Menschenversuche
- Milch-Prozess: Kriegsrüstung
- Flick-Prozess: Zwangsarbeit, Raub ausländischen Eigentums
- Südost-Generäle-Prozess: Geiseler-schießungen auf dem Balkan
- Fall-acht-Verfahren: Ermordung von Juden und Polen durch das „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“
- Wilhelmstraßenprozess: Diplomaten
- Einsatzgruppen-Prozess: Mordaktionen in den besetzten Ostgebieten

Die Entnazifizierung in der amerikanischen Zone

1. Phase:
- Durchführung durch die Besatzungsmacht
 - Massenentlassungen auf allen Ebenen (Verwaltung, Justiz, Erziehung, Wirtschaft), Massenverhaftungen und Internierungen
 - Fragebogen mit 131 Fragen, jedoch zu großer bürokratischer Aufwand – viele ungeklärte Fälle
- } Härte und Perfektionsstreben der Amerikaner
2. Phase: **Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus** (5. März 1946)
- Durchführung durch Deutsche unter Beaufsichtigung der US-Militärregierung
 - erneuter Fragebogen
 - Gruppen der Verantwortlichen
 1. Hauptschuldige
 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
 4. Mitläufer
 5. Entlastete
 - Einstufung durch Spruchkammern (Laiengerichte, Befreiungsministerium als oberste Instanz)
 - Strafen von Haft bis zu beruflichen und finanziellen Einschränkungen

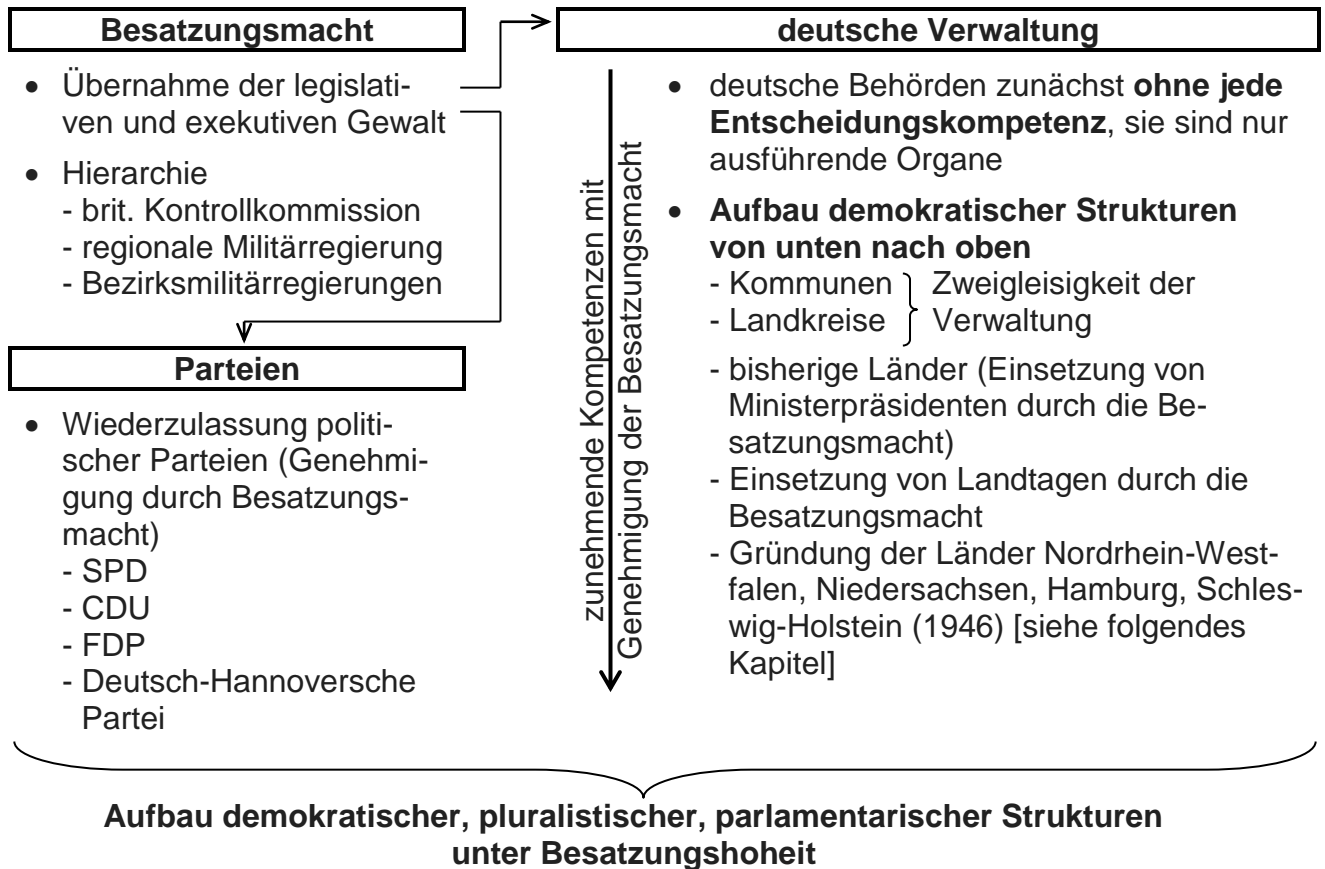
Probleme:

- Missbrauch für persönliche Feindschaften oder politische Gegnerschaft, Denunziantentum
- Jagd nach „Persilscheinen“
- riesiger Umfang → Minderung durch Amnestien für Jugendliche, Kriegsbeschädigte und sozial Schwache
→ für viele keine endgültige Durchführung
- Personalprobleme in der Verwaltung wegen der großen Zahl Betroffener

Folge: Lockerung der Entnazifizierung ab 1947/48 – auch durch den politischen Meinungswandel in den USA (wirtschaftlicher Wiederaufbau Westdeutschlands im Rahmen des Ost-West-Konflikts)

Aufbau von Strukturen in den Westzonen

■ Die Entwicklung staatlicher Institutionen in der britischen Zone am Beispiel von Niedersachsen



■ Entstehung von Parteien durch alliierte Lizenzen

- **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**
 - Wiedergründung 1945 („Büro Dr. Schumacher“)
 - Kurt Schumacher (1895-1952) als Vorsitzender
 - antikapitalistische und antikomunistische Arbeiterpartei
 - Planwirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziele
- **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**
 - Wiedergründung 1945 – Verbot 1956
- **Freie demokratische Partei (FDP)**
 - Neugründung 1948 aus verschiedenen liberalen Parteien
 - Theodor Heuss (1884-1963) als Vorsitzender
 - Versuch der Integration des linksliberalen und des nationalliberalen Flügels
 - Ziele: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft
- **Christlich-demokratische Union (CDU)**
 - Neugründung 1945 als überkonfessionelle, bürgerliche Volkspartei
 - zunächst stark unterschiedliche Zielsetzungen: „christlicher Sozialismus“ – liberal-konservativ
 - Konrad Adenauer (1876-1967) als maßgebliche Persönlichkeit, der die konservativ-liberale Richtung durchsetzt
 - nicht in Bayern (dort CSU)

ERGEBNIS: Parteienpluralismus durch Genehmigung der Besatzungsmächte

[siehe genauer unter Studienblätter Geschichte – Die Bonner Republik in der Adenauer-Zeit]

Neugründung von Ländern in West-Deutschland

■ allgemein

• alte und neue Länder

- kaum Fortbestand bisheriger Länder (Bayern, Sachsen, Hamburg, Bremen), jedoch auch hier z. T. territoriale Veränderungen
- Neugründungen von Ländern durch die Besatzungsmacht
- dabei Einsetzung der Regierungschefs durch die Besatzungsmacht

• Preußen: Auflösung

- faktische Auflösung durch Neubildung der Länder
- staatsrechtliche Auflösung durch Beschluss des Alliierten Kontrollrats (1947)

■ Besatzungszonen und Länder

• Britische Besatzungszone

- **Schleswig-Holstein** (1946): Ministerpräsident Theodor Steltzer (CDU)
- **Hamburg**: Bürgermeister Rudolf Petersen (CDU) [1945/46], Max Brauer (SPD) [1946–1953]
- **Niedersachsen**: Neubildung (1946) aus Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe – Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
- **Nordrhein-Westfalen**: Neubildung (1946) aus dem Nordteil der preußischen Rheinprovinz und aus Westfalen sowie Lippe-Detmold – Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (Zentrum)

• US-amerikanische Besatzungszone

- **Bayern**: Ministerpräsidenten Fritz Schäffer (CSU) [1945], Wilhelm Hoegner (SPD) [1945/46], Hans Ehard (CSU) [1946–1954]
- **Hessen**: Zusammenschluss (1945) von Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Frankfurt – Ministerpräsident Karl Geiler
- **Württemberg-Baden**: Zusammenschluss (1945) von Nordwürttemberg und Nordbaden – Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP)
- **Bremen**: Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD)

• Französische Besatzungszone

- **Württemberg-Hohenzollern** (1945): Südteil Württembergs und Hohenzollern – Staatssekretär Carlo Schmid (SPD) [1945–1947], Staatspräsident Lorenz Bock (CDU) [1947/48]
- **(Süd-)Baden** (1945): südliches Baden – Ministerpräsident Leo Wohleb (CDU)
- **Rheinland-Pfalz**: Neubildung (1946) aus Pfalz, Rheinhessen, südliches Rheinland (ein besonders künstliches Gebilde) – Ministerpräsident Wilhelm Boden (CDU [1946/47], Peter Altmeier (CDU) [1947–1969]

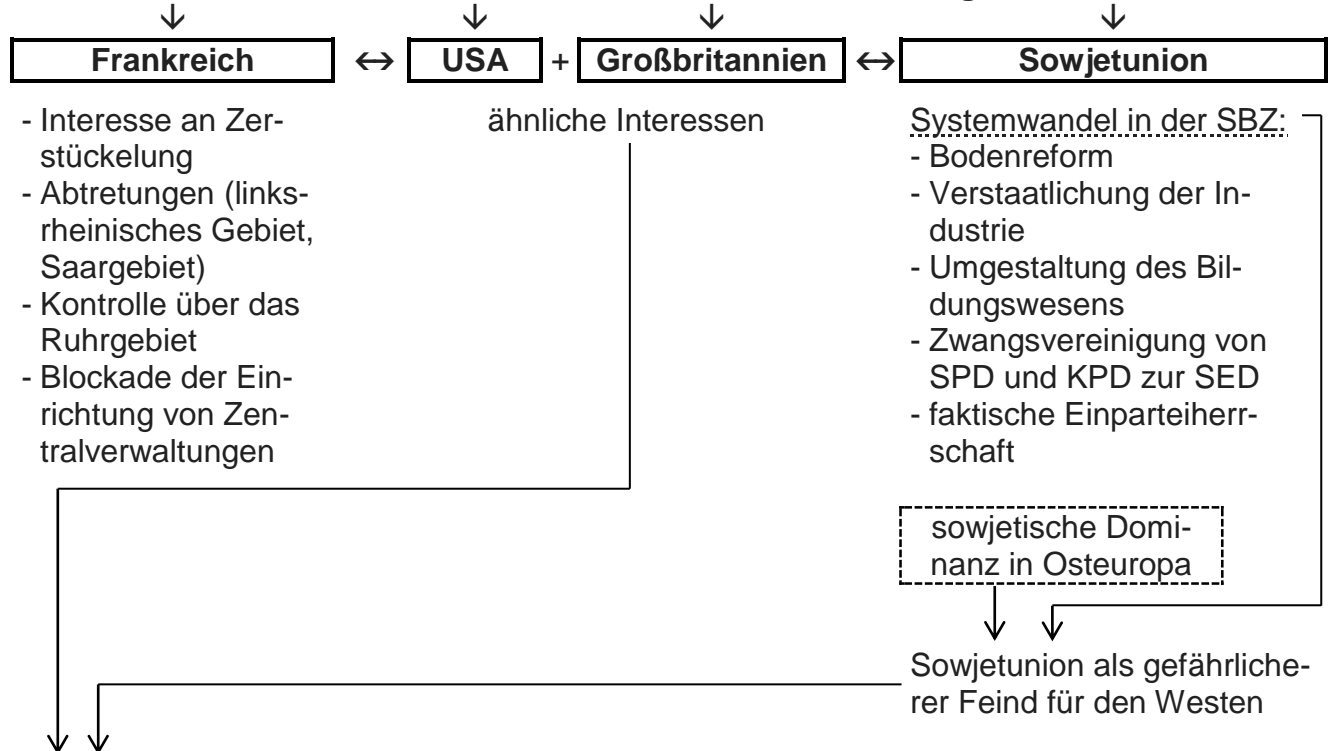
• Saarland

- Ausgliederung aus der französischen Besatzungszone und Unterstellung unter **französische Verwaltung** (1946)
- Ministerpräsident Johannes Hoffmann (Christliche Volkspartei CVP)
- gescheiterter Versuch einer Europäisierung des Saarlandes (Ablehnung des Saarstatuts 1955)
- **Eingliederung** in die Bundesrepublik Deutschland (1957)

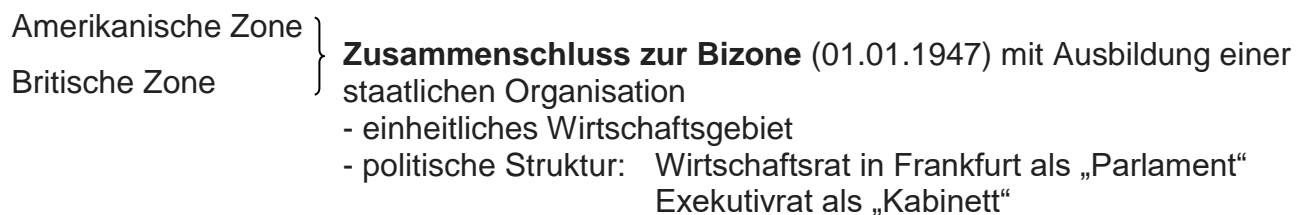
[Vereinigung von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zum Land Baden-Württemberg (1952) durch Volksabstimmung nach Art. 29 Grundgesetz]

Deutschland unter Viermächteverwaltung

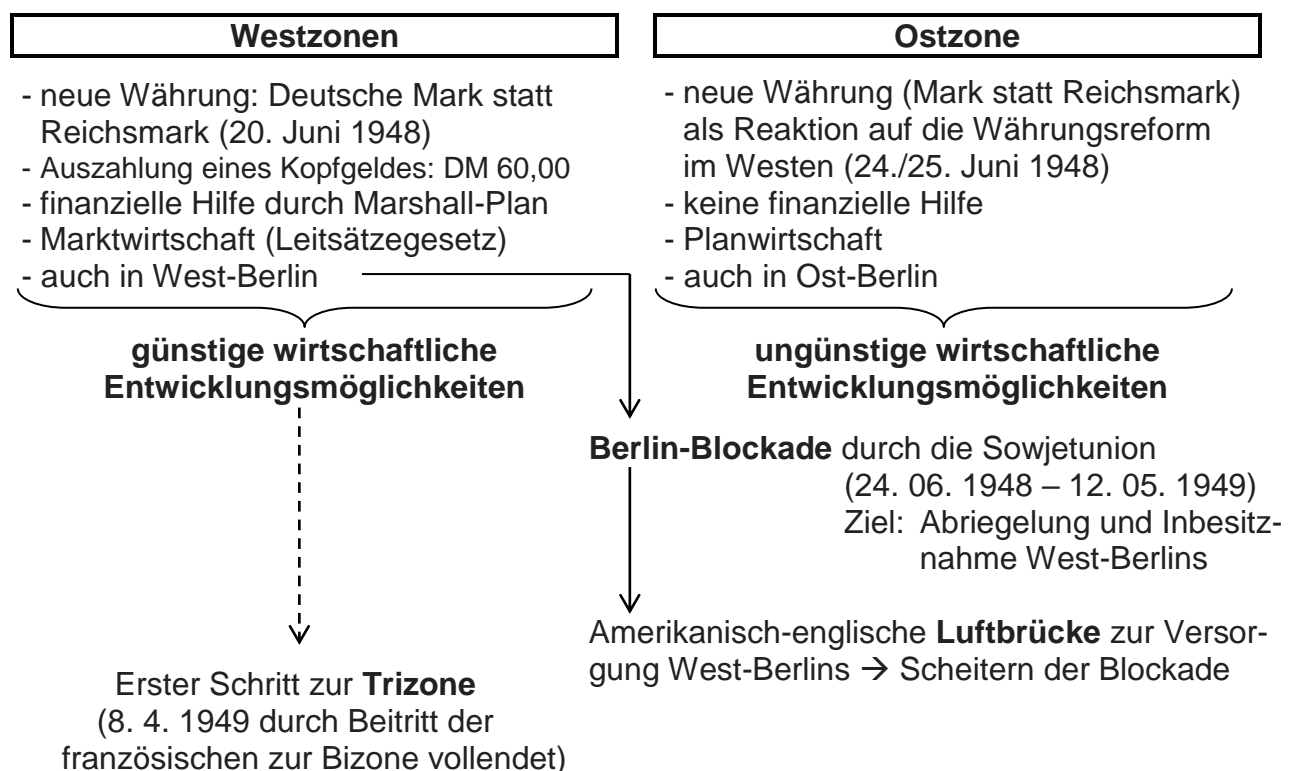
■ Ziele: unterschiedliche Ziele der Besatzungsmächte



■ Bizone



■ Wirtschafts- und Währungsreform, Berlin-Blockade



Der Aufbau der Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone

- Gruppe Ulbricht (Kommunisten) aus dem Moskauer Exil
 - Schaffung der „Sowjetischen Militäradministration“ (**SMAD**)
 - neue **Verwaltungen**
 - Landesverwaltungen (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg; später Sachsen-Anhalt, Brandenburg)
 - deutsche Zentralverwaltung (Absicht der Einflussnahme auf den Westen Deutschlands)
- entscheidende Positionen für Kommunisten
- beginnender Aufbau der SBZ nach dem **Vorbild der UdSSR**, dabei ideologische Grundlage: „**Antifaschismus**“

Der Begriff „Antifaschismus“

- „Antifaschismus“ als ideologische Grundorientierung in der SBZ und DDR
- Legitimierung des sozialistischen Staates
- Begriff des Marxismus/Leninismus
- Inhalt: Ablehnung des Nationalsozialismus und ähnlicher Erscheinungen wie der parlamentarischen Demokratie als Ausdruck kapitalistischer Wirtschaftsweise

Die Gründung von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ

- schnelle Gründung von **Parteien** auf Initiative der SMAD
 - KPD (Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck)
 - SPD (Otto Grothewohl)
 - CDU (Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer)
 - LDPD
 - **früher Zeitpunkt** der Parteigründungen (Juni/Juli 1945) → Einfluss auf die Gestaltung der westdeutschen Parteienlandschaft
 - Bildung einer „**Einheitsfront** der antifaschistisch-demokratischen Parteien“
 - Mitgliedschaft der Parteien ist verpflichtend
 - Dominanz der KPD
 - nach DDR-Diktion: „Ausdruck des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten, dem Mittelstand und den demokratischen Kräften des Bürgertums“
Arbeiterklasse als führende Kraft
Ziel: Beseitigung von Imperialismus und Militarismus
(Demokratie hier im marxistischen Sinne)
 - Gründung von **Massenorganisationen**
 - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
 - Kulturbund zur demokratischen Erneuerung [J. Becher]
 - Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)
 - Freie Deutsche Jugend (FDJ) [E. Honecker]
- zwar Existenz von mehreren Parteien, jedoch **kein Pluralismus** wegen des Zwanges zur **Einheitsfront** auf der Basis des „**Antifaschismus**“
- formal überparteilich, faktisch kommunistisch
→ **Instrument des totalitären Staates**

Entstehung und Entwicklung der SED in der Sowjetischen Besatzungszone

■ Entstehung der SED

- Gründung durch **Zusammenschluss von KPD und SPD** (1946)
- Motive und Haltungen

KPD

- Ausschaltung des Konkurrenten SPD (Wahlniederlagen im Ausland)
- Einheit der Arbeiterklasse

SPD

- gespaltene Meinung
- West-SPD (K. Schumacher) strikt dagegen
- gesamtdeutscher Zusammenschluss zunächst als Bedingung

- Vollzug des Zusammenschlusses
 - Bildung einer „Sechziger-Konferenz“ aus KPD und SPD
 - starker Druck der SMAD: Gespräche, Redeverbote, Verhaftungen von Gegnern der Vereinigung, organisatorische Vorbereitung
- Inhalte und Ziele
 - Bekenntnis zu einem **Sonderweg** zum deutschen Sozialismus (taktisch begründet)
 - paritätische Besetzung der Positionen mit ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern
 - **Grundsätze** des Vereinigungsparteitages:
 - politische Macht für Arbeiterklasse
 - Verstaatlichung der Produktionsmittel
 - sozialistische Gesellschaft
 - demokratischer Weg zum Sozialismus
 - Führungsanspruch in der SBZ

Zwangvereinigung

■ Entwicklung 1946 – 1949

- **Wahlen** (Gemeindewahlen, Landtagswahlen)
 - Wahlkampf: massive Beeinflussung durch die SMAD zugunsten der SED
 - Ergebnisse: zwar ca. 40 – 50 % für die SED, jedoch relativ wenig unter Berücksichtigung eingeschränkter Freiheit der Wahlen
- **Richtungsänderung**
 - Aufgabe des deutschen Sonderweges der SED unter Druck der Kominform (= von Moskau gelenktes Informationsbüro der kommunistischen Parteien, gegründet 1947)
 - vielmehr Charakter einer **leninistischen Partei „neuen Typs“**:
 - Kaderpartei
 - demokratischer Zentralismus
 - Bekenntnis zur KPdSU, zu Stalin, zur führenden Rolle der UdSSR

fehlende demokratische Herrschaftslegitimierung der SED

Demokratischer Zentralismus

- demokratisches Element:
 - **Wählbarkeit** aller leitenden Organe von unten nach oben, hierbei jedoch Steuerung von oben durch Kandidatenselektion
- zentralistisches Element:
 - hierarchischer Aufbau
 - **Kontrolle** untergeordneter Ebenen durch die übergeordnete Ebene
 - strenge **Parteidisziplin**
 - Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit
 - absolute **Verbindlichkeit** der Beschlüsse der höheren für die unteren Parteiorgane

faktische Dominanz des zentralistischen Prinzips

Die wirtschaftliche Umgestaltung der Sowjetischen Besatzungszone

■ Bodenreform

- Ausgangslage bis 1945: Dominanz des **Großgrundbesitzes**, vor allem östlich der Elbe
 - **Bodenreform (1945): entschädigungslose Enteignung**
 - Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher
 - Großgrundbesitz über 100 ha
 - nicht: Land der Kirchen**Vergabe des Landes:**
 - Vergrößerung bestehenden Kleinbesitzes (unter 5 ha)
 - neue selbständige Bauernwirtschaften für bisher landlose Bauern, für Flüchtlinge und Vertriebene
 - Länder, Kreise, Gemeinden
 - „Volkseigene Güter“ (VEG): Staatsbesitz
- Ideologie:**
Großgrundbesitzer galten als reaktionär und „faschistisch“, waren Unterdrücker und Ausbeuter
- Lösung: „Junkerland in Bauernhand“**
- Ausblick: **Kollektivierung (1952-1960)**
 - Errichtung von „**Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften**“ (LPG) als Zusammenschluss von Einzelbauern (zunächst freiwillig, später Zwang) – hierbei nur noch theoretisches Anteilseigentum der LPG-Mitglieder
 - Zweck: **Rationalisierung** (z. B. Maschineneinsatz auf großen Parzellen)
weniger Arbeitszeit der Landarbeiter
bessere politische Kontrolle durch Partei (SED) und Staat
 - **ideologische Ziele:** Kollektiv ist höherwertig als Individuum
Gleichstellung der Bauern mit Industriearbeitern
Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich

■ Industrie, Banken

- **Enteignung** von Industriebetrieben, Versicherungen, Banken (hierbei Volksabstimmung in Sachsen über Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ 1946 – dieses als Legitimation für alle Enteignungen)
- **Umwandlung** der enteigneten Betriebe in:
 - **sowjetisches Eigentum** (Sowjetische Aktiengesellschaften SAG) – nur für sowjetischen Bedarf (1949-1953 Rückkauf und Überführung in „Volkseigentum“)
 - **Staatseigentum** – später „Volkseigene Betriebe“ (VEB)

■ Demontage und Reparationen (bis 1953)

- Demontage von Betrieben
 - Reparationen aus der laufenden Produktion
 - Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)
- } starke **Einschränkung des Industriepotenzials** der SBZ (stärker als in Westdeutschland)

■ Planwirtschaft

- Einführung der Planwirtschaft ab 1948
- erster Zweijahrplan für 1949 und 1950
- Dominanz des „Volkseigentums“
- Produktionssteigerung durch (normalerweise unrealistisches) Vorbild der „**Aktivisten-Bewegung**“ (Bergmann Adolf Hennecke)
- Schaffung der Staatlichen **Handelsorganisation** (HO): sozialistischer Einzelhandel